



Aus der Zentrale von IN VIA

Der Bundesverband von IN VIA geht neue Wege

In nächster Zeit wird sich bei IN VIA Deutschland einiges verändern: Die erste gemeinsame Zeit des amtierenden Vorstands hat gezeigt, dass es aufgrund sich immer rascher verändernder Rahmenbedingungen neue Strukturen braucht, um IN VIA Deutschland für die Zukunft fit zu machen und den umfangreichen Aufgaben als Bundesverband weiterhin gerecht zu werden. Vorstand und IN VIA-Rat haben daher gemeinsam beschlossen, dass es einen wirksamen Transformationsprozess braucht. Sowohl die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder, Prof. Dr. Katrin Keller und Prof. Dr. Kathrin Bieler, als auch die amtierende Generalsekretärin, Barbara Denz, stehen hinter diesem Anliegen und werden in zeitlich unterschiedlich sichtbaren Stufen den Platz freimachen. Gesteuert wird der Zukunftsprozess vom IN VIA Rat. Dieser arbeitet daran, die Übergangszeit im Blick auf das gemeinsame Ziel zu gestalten. Weitere Informationen folgen zu gegebener Zeit.

Wie läuft eigentlich: „Go on - Start up. Dein Chat zwischen Schule und Beruf“

Das digitale Beratungsangebot für junge Menschen bei Fragen zu Schule und Beruf von IN VIA läuft seit August 2021. In der aktuellen Ausgabe Jugendsozialarbeit aktuell (Nr. 215/2023) der Landesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit NRW werden die Erfahrungen mit dieser Beratungsform vorgestellt. Täglich von Montag bis Freitag können junge Menschen eine Live-Chat-Beratung und ergänzend eine Mailberatung nutzen. Bei der digitalen Beratung handelt es sich um ein Kooperationsprojekt von sechs Standorten (Berlin, Dortmund, Freiburg, Köln, Paderborn und Unna) des Fachverbandes IN VIA. Die Beratung erfolgt bundesweit, d.h. alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen können ihre Fragen über die Chatplattform von überall stellen, unkompliziert vom Handy aus. Die Beratung ist anonym, vertraulich und kostenlos. Die Berater*innen haben langjährige Expertise in der arbeitsweltbezogenen Beratung junger Menschen und sind speziell für die Anforderungen im Online-Setting ausgebildet. Die Besonderheiten dieser Beratungsform und bisherige Erfahrungen werden vorgestellt. Mehr unter <https://bit.ly/3Ycz2GQ>.

Aus der Zentrale des DCV

Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa: So muss Armut in Deutschland bekämpft werden

Eva Maria Welskop-Deffaa erläutert in einem in der letzten Woche veröffentlichten Online Interview, wie eine Politik der Armutsbekämpfung aussehen muss: „Um die Teufelskreise aus Stigmatisierung, schlechter Gesundheit, geringer Teilhabe, schlechten Bildungschancen, Verschuldung zu durchbrechen, reichen Transferzahlungen nicht aus. Armutsbekämpfung braucht die Sicherung und den Ausbau sozialer Infrastruktur – flächendeckend und nicht nach Kassenlage. Es braucht einfache zugängliche Begegnungs- und Beratungsangebote. Es braucht leicht erreichbare Angebote der Gesundheitsversorgung und der Nachbarschaftshilfe. Es braucht eine bezahlbare Verkehrsinfrastruktur. Soziale Infrastruktur fängt mit Frühen Hilfen für junge Familien in prekären Lebenslagen an, denen das Elternsein über den Kopf wachsen kann. Sozialberatung, Schuldnerberatung – die Caritas fordert seit Langem ein Recht auf Schuldnerberatung für alle –, Migrationsberatung; Sprachkurse für Menschen, die eine andere Muttersprache als Deutsch haben; Weiterbildungsangebote für Menschen, die keine Qualifikation erwerben konnten – das alles ist dringend notwendig, um die Armutsteufelskreise zu durchbrechen.“ Mehr unter <https://bit.ly/40h60HR>.

Kirche & Gesellschaft

Neue COPSY-Studie zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Die fünfte Befragung der COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf zeigt: Immer noch leidet jedes*r vierte Kind/Jugendliche*r unter psychischen Auffälligkeiten, auch im dritten Jahr der Corona-Pandemie. Das gilt für Sorgen und Ängste ebenso wie für psychosomatische Beschwerden. Erneut sind insbesondere Kinder und Jugendliche aus belasteten und armen Familien betroffen.

Zunehmend scheinen Ukraine-Krieg, Inflation sowie Energie- und Klimakrise die Kinder und Jugendlichen psychisch zu belasten: Zwischen 32 bis 44 Prozent von ihnen äußerten Ängste und Zukunftsorgen im Zusammenhang mit anderen aktuellen Krisen. Mehr unter <https://bit.ly/3JxDw77>.

Kinderrechtebildung: Veröffentlichung des Kinderrechte-Portals

Kinder haben ein Recht darauf, ihre Rechte zu kennen. Nur wenn Kinder ihre Rechte kennen und erleben, wie sie im Alltag umgesetzt werden, können sie ihre Rechte auch einfordern und verteidigen. Kinderrechtebildung umfasst viele Themenfelder und es kann für Lehr- und pädagogische Fachkräfte schwierig sein, das richtige Material für den entsprechenden Bildungsbereich mit einer passenden Medienart zu finden. Das Kinderrechte-Portal bietet eine wachsende Sammlung an empfehlenswerten Materialien für die Kinderrechtebildung und ermöglicht es, die Angebote zu filtern und zu sortieren. Das Kinderrechte-Portal ist eine Initiative des Netzwerks zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Mit dem Kinderrechte-Portal soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass die Umsetzung der Kinderrechte ein fester Bestandteil des pädagogischen Alltags wird. Mehr unter <https://kinderrechte-portal.de/>.

Schutz vor algorithmenbasierter Diskriminierung und Schließung von Schutzlücken

AlgorithmWatch hat zusammen mit 18 zivilgesellschaftlichen Organisationen einen offenen Brief formuliert, in dem die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, die Schutzlücken im Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz zu schließen und einen zuverlässigen Schutz der Bevölkerung vor algorithmenbasierter Diskriminierung zu ermöglichen. Automatisierte, algorithmenbasierte Entscheidungssysteme wirken oft diskriminierend und können bestehende Ungerechtigkeiten zementieren oder gar verstärken. Eine Studie von AlgorithmWatch beschreibt diese Mechanismen, z.B. dass Facebook grobe geschlechterspezifische Stereotypen zur Optimierung von Anzeigen verwendet. Mehr unter <https://bit.ly/3WN8Q4l>.

Rassistische Straftaten erkennen und verfolgen

In Deutschland gibt es bisher keine konsequente Ahndung von rassistischen Straftaten. In den letzten Jahren gab es zwar mehrere Verbesserungsansätze, etwa durch gesetzliche Anpassungen, wonach rassistische Taten im Strafmaß schärfer geahndet werden müssen. Allerdings mangelt es sowohl der Polizei als auch der Justiz an Expertise, um rassistische Motive überhaupt feststellen zu können. Teilweise werden diskriminierende Motive absichtlich nicht mit in das Verfahren genommen, weil beispielsweise die Zeug*innenaussagen, insbesondere der von Rassismus Betroffener, banalisiert werden oder die Polizeibeamt*innen von vornherein ausschließen, dass es sich überhaupt um eine rassistische Tat handeln könnte. Mehr unter <https://bit.ly/3HHQqxl>.

Ausbildung & Qualifizierung

Monitor Ausbildungschancen 2023. Gesamtbericht Deutschland

Die Bertelsmann-Stiftung hat den "Monitor Ausbildungschancen 2023, Gesamtbericht Deutschland" veröffentlicht. Eines der Studienergebnisse: Schulabgänger*innen mit Hauptschulabschluss haben es immer schwerer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Es sinkt nicht nur die Zahl der Hauptschulabsolvent*innen insgesamt, sondern auch der Anteil derjenigen, die in Ausbildung übergehen. Die niedrigsten Übergangsquoten haben Schulabgänger*innen ohne Abschluss. Diese schwanken in den letzten 15 Jahren um die 35%. Zuletzt, im Jahr 2021, lag die Übergangsquote bei 30,0%. Zudem gibt es immer mehr Jugendliche, die sich weder in Ausbildung noch in der Schule oder in Arbeit befinden (sog. NEETs = Not in Employment, Education or Training). 2021 wurden in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen 630.000 Personen zu den NEETs gezählt, im Jahr 2019 waren es noch 492.000. Mehr unter <https://bit.ly/3kXwLkq>.

Themendossier zur Ausbildungsgarantie

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat ein Themendossier zur Ausbildungsgarantie auf seiner Info-Plattform eingestellt. Dort finden sich Literaturnachweise, Volltexte, Forschungsinformationen und weiterführende Links sowie aktuelle Pressemeldungen zum Thema. Mehr unter <https://iab.de/dossier/?id=20136>.

Bildung

Die Rolle politischer Bildung in Zeiten globaler Krisen

Politische, ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Krisen setzen aktuell weltweit Demokratien unter Druck. Welchen Beitrag kann politische Bildung in der Bewältigung aktueller Krisen leisten? Mit dieser und weiteren Fragen beschäftigt sich der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) im Rahmen seines Jahresthemas für 2023 „Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften stärken. Die Rolle politischer Bildung in Zeiten globaler Krisen“. Politische Bildung kann – so die feste Überzeugung des AdB – dazu beitragen, die Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften zu stärken und Menschen dabei unterstützen Orientierung zu erlangen, Selbstbewusstsein aufzubauen und politische Urteils- und Handlungsfähigkeit zu stärken. Mehr unter <https://www.adb.de/jahresthema-2023>.

Deutschlands Schulen leiden unter Fachkräftemangel

Das Deutsche Schulbarometer hat im November 2022 in einer repräsentativen Umfrage Schulleitungen dazu befragt, was den Schulen in Deutschland derzeit die größten Probleme bereitet. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass für zwei Drittel der Befragten das fehlende pädagogische Personal die größte Herausforderung darstellt. Erst mit großem Abstand folgt die schleppend vorankommende Digitalisierung (22 Prozent), zu viel Bürokratie (21 Prozent) und die hohe eigene Arbeitsbelastung (20 Prozent). Fast 80 Prozent der Schulleitungen sagen außerdem, dass sie nicht allen Kindern und Jugendlichen die benötigte Unterstützung beim Lernen bieten können. Dementsprechend bezeichnet lediglich ein Drittel die Corona-Aufholprogramme als wirkungsvoll. Während an Gymnasien das Urteil am positivsten ausfällt (42 Prozent), entfalten die Programme an sozial benachteiligten Standorten den geringsten Effekt (23 Prozent). Mehr unter <https://bit.ly/3HJpttH>.

Mädchen & Frauen

Wahlrechtsreform – Mehr Frauen in die Parlamente

Der Bundestag hat die Wahlrechtsreform diskutiert. Vor allem die Verkleinerung des Bundestags steht zur Debatte. Elke Ferner (SPD und Vorstandsmitglied im Deutschen Frauenrat), die sich für mehr Frauen in den Parlamenten einsetzt, fasst zusammen: „Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Verkleinerung des Bundestags blendet die Beseitigung der jahrzehntelangen Unterrepräsentanz von Frauen im Deutschen Bundestag schlichtweg aus. Das gleiche gilt für den Antrag der Unionsfraktion. Die Fraktion die Linke hat zwar einen Antrag zur Änderung des Parteiengesetzes eingebracht, blendet darin allerdings die Direktmandate völlig aus. Bei dem geringen Frauenanteil bei den Direktmandaten liegt allerdings das Hauptproblem des niedrigen Frauenanteils im Deutschen Bundestag. Im parlamentarischen Verfahren muss jetzt nachgebessert werden. Wenn die Koalition ihr Ziel „Gleichstellung bis 2030 verwirklicht“ ernst nimmt, muss Parität im Wahlrecht verankert werden – und zwar mit dieser Wahlrechtsreform!“ Mehr unter <https://bit.ly/3XNzICY>.

Rassismus und Extremismus im Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen

Diskriminierende, rassistische und rechtsextrem motivierte Positionen und Vorfälle gehören zum beruflichen Alltag vieler Fachkräfte der Sozialen Arbeit und stellen sie vor große Herausforderungen. Mitunter werden Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche bedroht oder sogar körperlich angegriffen. Auch das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen bleibt davon nicht unberührt. Im Vorgehen gegen diskriminierende Äußerungen und Verhaltensweisen bewegen sich Fachkräfte im Spannungsfeld zwischen solidarischem Engagement, Parteinahme für die Hilfesuchenden und dem Aufbau einer vertrauensvollen und arbeitsfähigen Beziehung mit dem/der Klient*in. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat die Broschüre „Gewaltschutz unter Druck – Umgang mit Rechtsextremismus im Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen“ herausgegeben. Sie soll eine Hilfestellung beim Erkennen und Einordnen der Phänomene geben und Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Mehr unter <https://bit.ly/3wEbhfg>.

Migration & Integration

Broschüre über den Zugang zum Gesundheitssystem für Unionsbürger*innen

Die Broschüre „Zugang zum Gesundheitssystem für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, Angehörige des EWR und der Schweiz“ wurde von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) und der Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmer (EU-GS) aktualisiert. Sie richtet sich an die Beratungspraxis und beinhaltet u.a. Informationen zur Mitgliedschaft in einer privaten oder gesetzlichen Krankenversicherung, zur Notfallhilfe für Menschen ohne Versicherungsschutz, zu Beitragsrückständen oder zur Europäischen Krankenversicherungskarte. Mehr unter <https://bit.ly/3Hlo0Ur>.

Appell zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Über 60 zivilgesellschaftlichen Organisationen fordern das gleiche Recht auf Sozialleistungen für alle in Deutschland lebenden Menschen, ohne diskriminierende Unterschiede. Derzeit erhalten viele Geflüchtete für ihren Lebensunterhalt lediglich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – und damit weniger als das neue Bürgergeld, das laut Gesetz das menschenwürdige Existenzminimum sicherstellen soll. Die Menschenwürde kennt jedoch nicht zweierlei Maß. Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Anwält*innenverbände fordern gleiche Standards für alle: Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden, und die Betroffenen müssen in das reguläre Sozialleistungssystem eingegliedert werden. Mehr unter <https://bit.ly/3jkNCgL>.

Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland

Die Kurzstudie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) am DIW Berlin stellt die ersten zentralen Befunde aus der gemeinsamen Studie "Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland" vor. Im Fokus der bundesweiten Studie stehen die Lebensumstände und die damit verbundenen zentralen Unterstützungsbedarfe der ukrainischen Geflüchteten in Deutschland. Mehr unter <https://bit.ly/3Y8WAMN>.

KOK-Studie zu Flucht und Menschenhandel

Vor dem Hintergrund der Risiken für Menschenhandel im Kontext des Ukrainekrieges hat der KOK Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. ein Projekt zur Sensibilisierung und Prävention für potenziell Betroffene von Menschenhandel sowie zur Stärkung von Kooperationsstrukturen speziell mit Blick auf Geflüchtete aus der Ukraine initiiert. Fachberatungsstellen wurden zu ihren Erfahrungen mit potenziell Betroffenen aus der Ukraine befragt. Aus den Erfahrungen mit gegenwärtigen und vergangenen Migrationsbewegungen wurden Forderungen abgeleitet wie z.B. Schaffung von legalen und sicheren Fluchtrouten, langfristige Integrationsstrategien für Ankommende oder rechtliche Ansprüche, wie sie den ukrainischen Geflüchteten gewährt wurden, auch für Drittstaatsangehörige und Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern. Mehr unter <https://bit.ly/3YbpgEU>.

Arbeitsausbeutung in landwirtschaftlicher Saisonarbeit und häuslicher Pflege

Die Servicestelle gegen Zwangsarbeit hat eine Branchenanalyse zur Arbeitsausbeutung in landwirtschaftlicher Saisonarbeit und häuslicher Pflege veröffentlicht. Für diese Analyse wurden Fallbeispiele aus verschiedenen Beratungseinrichtungen auf Merkmale von Arbeitsausbeutung untersucht. Die Studie zeigte dabei, dass in der saisonalen Landwirtschaft regelmäßig schon während der Anwerbung der Arbeitskräfte Täuschung stattfindet. Der Bereich der häuslichen Pflege ist besonders anfällig für Ausbeutung durch lange Arbeitszeiten und die niedrige Entlohnung (beispielsweise 24-Stunden-Pflege) sowie häufig die Isolation der Beschäftigten. Mehr unter <https://bit.ly/3Y6s9XF>.

Neue Programme & Projektausschreibungen

Offizieller Start der ESF+-Förderperiode auf Bundesebene

Mit dem Europäische Sozialfonds+ (ESF+) ist es möglich, über Projekte kostenlos und wohnortnah in Arbeit, Ausbildung oder Weiterbildung zu kommen. In Deutschland erhalten Bund und Länder bis 2027 insgesamt rund 6,56 Milliarden Euro aus dem ESF+. Davon fließen rund 2,22 Milliarden Euro

in das ESF-Plus-Bundesprogramm und rund 4,34 Milliarden Euro in die ESF-Plus-Aktivitäten der Bundesländer. Die Mittel werden auf Bundes- und Landesebene kofinanziert. Die 28 Förderprogramme des Bundes sollen unter anderem die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von jungen Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte verbessern, berufliche Weiterbildungsangebote für Erwerbstätige entwickeln, benachteiligte Familien unterstützen, die am stärksten benachteiligten Personen fördern. Das ESF+-Bundesprogramm wurde am 5. Mai 2022 als erstes ESF+-Programm in der Europäischen Union durch die Europäische Kommission genehmigt. Daher ist die Umsetzung des Bundesprogramms bereits angelaufen. Mehr unter <https://bit.ly/3XOkHke>.

Programm Akti(F) für mehr Teilhabe von Familien

Ziel des Programmes Akti(F) ist die Verbesserung der individuellen und familiären Lebenssituation der Zielgruppen durch eine ergänzende Unterstützung der Eltern, um die soziale und ökonomische Teilhabe zu verbessern und langfristig einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Hierzu sollen insbesondere Maßnahmen zur Stabilisierung im Rahmen der Begleitung der Teilnehmenden beitragen. Zusätzlich sollen durch Unterstützung der Familien bei der eigenverantwortlichen Alltagsbewältigung sowie bei der Inanspruchnahme von Hilfsangeboten und Sozialleistungen die Bedingungen des Aufwachsens und die Bildungschancen der Kinder verbessert werden. Die Projektvorhaben übernehmen dabei eine Lotsenfunktion in der lokalen Angebotslandschaft bzw. im Hilfesystem in der Region. Mehr unter <https://bit.ly/3jyQHe>.

Literatur & Webtipps

Einfach Politik

Mit der Reihe „einfach Politik“ hat die Bundeszentrale für politische Bildung eine Publikation zum Grundgesetz und den darin formulierten Grundrechten veröffentlicht. Darin werden in einfacher Sprache die Grundzüge des Grundgesetzes erläutert und einzelne Grundrechte vertieft. Mehr unter <https://bit.ly/3wF6jyK>.

Termine & Tagungen

Fachtagung gegen Menschenhandel: Analysieren – vernetzen – Strategien entwickeln

Die „Arbeitsgruppe gegen Menschenhandel“ der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und die Katholische Akademie in Berlin bieten diese Fachtagung vom 8. - 9. Februar 2023 in der Katholischen Akademie in Berlin an. Die Tagung ist offen für alle, die sich mit der Bekämpfung des Menschenhandels, Prävention und Intervention zugunsten der Opfer des Menschenhandels beschäftigen. Mehr unter: <https://bit.ly/3kVexQP>.

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

IN VIA Akademie Paderborn

- **'Notfallkoffer' – Systemische Traumabegleitung – Interventionen zur 'Erstversorgung' von Menschen mit traumatischen Erfahrungen, 13.-15.03.2023, Paderborn.** Zurzeit sind Beratung, Therapie und Pädagogik weiterhin stark davon geprägt unmittelbar mit traumatisierten Menschen in Kontakt zu kommen, auch wenn das Thema ‚Trauma‘ nicht immer unmittelbarer Gegenstand und Grund der professionellen Begegnung ist. Traumafolgestörungen sind keine Seltenheit. Viele Mitarbeitende, die mit den Folgen massiver Traumata konfrontiert sind, werden vor große persönliche und professionelle Herausforderungen gestellt. Die Hypnosystemik bietet hier zielführende und hilfreiche Ansätze für eine wertschätzende Begleitung von Menschen, die lähmenden, belastenden und ängstigenden Erfahrungen ausgesetzt waren bzw. sind. Sie erarbeiten sich einige Instrumente, die Ihre Handlungsfähigkeit im beruflichen Alltag stärken. Mehr unter <https://bit.ly/3HGY6R4>.

- **Sich selbst führen. Modelle zur Selbstführung, Achtsamkeit und Arbeit mit Glaubenssätzen, 20.02.-17.05.2023, online.** Von Mitarbeitenden in der Caritas und ihren Diensten und Einrichtungen wird vermehrt ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Teamgeist erwartet. So sind Selbstführung und Selbstreflexion zunehmend wichtig, um gesund, (selbst-)bewusst, souverän, klar und authentisch den Arbeitsalltag zu meistern. In diesem Online-Kurs schauen sich die Teilnehmenden verschiedene Modelle an, welche die Selbstführung in Hinblick auf die vier Dimensionen Gedanken bzw. Mindset, Gefühle, Entwicklung sowie Verhalten befördern. Das Seminar richtet sich an Fachkräfte, die ihren Umgang mit Unsicherheit, ihre eigenen Antreiber und Grundannahmen reflektieren möchten. Mehr unter <https://bit.ly/3WPQfEY>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [Twitter-Account!](#)



IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Barbara Denz/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 13.02.2023
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de